

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 80 Rp.

Das Schweizer Volk sagt Ja zur Anti-Rassismus-Strafnorm

Knapp 55 Prozent Ja für die neue Strafnorm – Die Hälfte der Kantone aber dagegen – Brotpreiserhöhung in Kauf genommen

Bern (AP) Der neue Artikel 261bis des Strafbuches, der alle Formen von Rassendiskriminierung verbietet, wurde mit 1 132 326 (54,6 Prozent) Ja gegen 939 738 (45,4 Prozent) Nein angenommen. Das Ständemehr war für die Gesetzesergänzung nicht nötig und kam mit je elfeinhalb verwerfenden und annehmenden Kantonen auch nicht zustande. Der Widerstand gegen die vom Parlament fast einstimmig verabschiedete Strafnorm war vor allem in ländlichen Regionen der Deutschschweiz gross, am stärksten einmal mehr im «Neinsagerkanton» Schwyz.

Dass die gegnerische Kampagne mit Querbezügen zur Ausländer- und Drogenpolitik nicht überall verfrucht, zeigt das Resultat des Kantons Zürich, der die Vorlage überdurchschnittlich klar annahm. Genf, Basel-Stadt und Jura sagten am deutlichsten Ja zur neuen Strafnorm; der Ja-Stimmenanteil lag hier über 60 Prozent. Auffallend sind die Parallelen zur Abstimmung vom 12. Juni über die erleichterte Einbürgerung junger Ausländer, die als Verfassungsbestimmung jedoch am fehlenden Ständemehr gescheitert war.

Die politische Klasse, die sich auf eine Zitterpartie eingerichtet hatte, konnte



Die Bundesräte Flavio Cotti (links) und Otto Stich zeigten sich gestern Abend erfreut über die Abstimmungsergebnisse.

am Sonntag Abend erleichtert aufschauen. Das Resultat war letztlich besser, als die meisten Befürworter erwartet hatten. Aussenminister Flavio Cotti sagte, das Ergebnis erscheine aus-

serordentlich erfreulich, wenn man die zahlreichen – «durchaus akzeptablen» – gegnerischen Argumente berücksichtigt, die sachlich mit der Vorlage nichts zu tun hätten. Das Resultat ermutige den

Bundesrat, mit seinem Engagement für die Menschenrechte als eines seiner aussenpolitischen Ziele fortzuführen. Auf einen Zeitpunkt für die Unterzeichnung der Anti-Rassismus-Konvention der UNO wollte sich Cotti noch nicht festlegen. In aussenpolitischer Hinsicht wertete er das Ergebnis als guten Nährboden für eine gewisse Öffnung der Schweiz. Referendumsführer Emil Rahm sagte demgegenüber, angesichts der vielen Nein-Stimmen würde sich der Bundesrat mit einer Ratifizierung der UNO-Konvention unglaubwürdig machen.

Volk für Sanierungsanstrengungen

Deutlich – mit 1 295 237 (64,7 Prozent) Ja gegen 706 215 (35,3 Prozent) Nein – stellten sich der Souverän und alle Kantone hinter die Pläne von Bundesrat und Parlament, auf die Verbilligung des inländischen Brotgetreides zu verzichten und die jährlich rund 25 Millionen Franken in die leere Bundeskasse umzuleiten. Die damit verbundene Brotpreiserhöhung von etwa fünf Rappen pro Kilo wurde als das kleinere Übel in Kauf genommen. Bundespräsident Otto Stich hofft, dass dem Entscheid Signalwirkung für die weitere Sanierung der Bundesfinanzen zukommt.

Kein Solidaritätsfonds für Arbeitslose

St. Gallen (AP) Im Kanton St. Gallen wird kein Solidaritätsfonds für Arbeitslose gegründet. Eine entsprechende Volksinitiative des Komitees «Solidarität in der Krise» wurde mit 23 161 Ja gegen 96 862 Nein deutlich abgelehnt, wie die Staatskanzlei mitteilte. Die Stimmbeteiligung lag bei 44,0 Prozent.

Die Initiative verlangte eine einmalige Solidaritätsabgabe von zehn Prozent der einfachen Steuer bei Einkommen und Vermögen von über 50 000 Franken. Mit den dadurch erzielten Einnahmen von geschätzten zwölf bis 15 Millionen Franken hätte ein Solidaritätsfonds gegründet werden sollen, um Selbsthilfeprojekte von Arbeitslosen zu unterstützen und neue Arbeitsplätze in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Kultur sowie im Sozialwesen zu schaffen.

Weniger neue Motorfahrzeuge im Jahre 1993

Insgesamt 3,3 % Rückgang bei den Inverkehrsetzungen – Bei den Personenwagen noch mehr Rückgang

(G.M.) – Der Motorfahrzeugpark im Fürstentum Liechtenstein hat sich im Jahre 1993 weniger stark ausgeweitet als im Vorjahr. Nach der Motorfahrzeugstatistik des Amtes für Volkswirtschaft fiel die Abnahme bei den Personenwagen stärker aus als bei den Motorfahrzeugen insgesamt. Am meisten Motorfahrzeuge, nämlich 37,9 %, wurden in den drei Monaten März, April und Mai neu in Verkehr gesetzt.

Nach Angaben des Volkswirtschaftsamtes wurden im vergangenen Jahr 2 015 (2 083) Motorfahrzeuge bei der Motorfahrzeugkontrolle immatrikuliert. Davon waren 1 689 (1 765) Personenwagen. Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich ein Rückgang von 3,3 % bei den Motorfahrzeugen insgesamt, während bei den Personenwagen ein Rückgang von 4,3 % zu verzeichnen ist. Im Jahr zu-

vor hatten sich die Zahlen umgekehrt entwickelt: Damals verzeichneten die Motorfahrzeuge insgesamt einen Rückgang um 10,7 %, wogegen sich bei den Personenwagen nur ein Rückgang von 2,9 % zeigte.

Neben den 1 689 Personenwagen wurden bei der Motorfahrzeugkontrolle auch noch 73 Lastwagen, 32 Lieferwagen, 7 Sattelschlepper, 24 Spezialwagen, 2 gewerbliche Traktoren sowie 4 Kleinbusse und 4 Autobusse immatrikuliert. Den Motorfahrzeugen zugerechnet werden auch die 143 Motorräder, 18 Kleinmotorräder, 9 Motorfahrräder, 9 landwirtschaftlichen Traktoren und 1 landwirtschaftlicher Einachser. In der Statistik scheinen auch 146 Anhänger auf, die bei der Motorfahrzeugkontrolle in Verkehr gesetzt wurden.

Bei den Personenwagen steht nach Fabrikmarken unverändert Volkswagen mit 280 neu in Verkehr gesetzten Fahrzeugen an der Spitze. An der zweiten Stelle platzierte sich, wie in den letzten Jahren üblich, die Marke Opel mit 233 Immatrikulationen. Auf den weiteren Plätzen zu finden sind Renault (137), Toyota (114) und Ford mit 105 Inverkehrsetzungen. Die übrigen Fabrikmarken weisen weniger als hundert Immatrikulationen auf: Audi mit 94, BMW mit 93, Mercedes mit 73, Subaru und Nissan mit je 72 und Mazda mit 64 neuen Fahrzeugen. Unter der 50er-Marke liegen Fiat (37), Honda (37), Peugeot (36), Jeep (34), Mitsubishi (31), Citroën (27), Suzuki (26) und Volvo mit 24 Immatrikulationen. Die übrigen Marken, die in der Statistik aufgeführt sind, sind mit weniger als 10 neuen Fahrzeugen vertreten.

Sport aktuell

Balzers gewann Derby

Das mit Spannung erwartete Zweitliga-Fussball-Derby zwischen dem FC Balzers und dem FC Schaan endete am Samstag mit einem klaren 3:0-Erfolg der Balzner. Nach einer enttäuschenden torlosen ersten Halbzeit, steigerte sich Balzers nach dem Seitenwechsel und erzielte durch Fremuth, Lohner und Haas drei Tore zum ungefährdeten Sieg. Die Elf von Trainer Nushöhr behauptete damit die Tabellenführung. Gestern kam auch der USV Eschen/Mauren zu einem ungefährdeten 3:0-Erfolg und zwar gegen Widnau: In der 3. Liga kassierte Leader Triesen im Spitzenkampf in Grabs mit 5:2 die erste Saisonniederlage. Triesenberg und Rebstein trennten sich mit einem 2:2-Remis. Ruggell (0:1 in Rüthi) und Balzers II (1:2 in Sevelen) blieben ohne Punktezuwachs.

Tennis-Doppelpaar

In der Vaduzer Tennishalle wurden die Doppel-Landesmeister 1994 erkoren. Dabei setzten sich die Favoriten durch. Die Titelträger heissen: Vanessa Schurte/Nadin Batliner (Damen), Marco Wäger/Daniel Kieber (Herren) und Elke Vedana/Marco Wäger (Mixed).

Schweden – Russland

Das Endspiel im Tennis-Daviscup bestreiten überraschend Schweden und Russland.

Starker Rad-Nachwuchs

Sehr interessante Rennen bekamen die Zuschauer bei den Internat. Schaaner Jugendradsporttagen zu sehen. Erfreulich, dass sich im starken Teilnehmerfeld auch Liechtensteiner in die Siegerlisten eintragen konnten. Samuel Ritter bei den Anfängern und Daniel Hermann bei den Schülern A. gewannen die Gesamtwertung in ihren Kategorien.

Burdet siegreich

Die bekannte Bobpilotin Caroline Burdet aus Triesen gewann am Samstag in Hockenheim zusammen mit Charly Meister auf einem Ford Escort Cosworth ein 3-Stunden-Autorennen. Burdet/Meister siegten mit Rundenvorsprung.

Bischof Otmar Mäder zurückgetreten

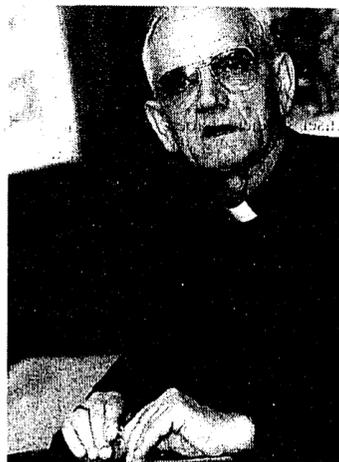
Nach 18jähriger Tätigkeit – Zweite Demission innert Jahresfrist

St. Gallen (AP) Der Bischof von St. Gallen, Otmar Mäder, ist am Samstag zurückgetreten. Der Papst nahm das Rücktrittsgesuch des 73jährigen an, wie die Bischöfliche Kanzlei bekanntgab. Nach Otto Wüst tritt mit Mäder zum zweiten Mal innert Jahresfrist ein Schweizer Bischof zurück.

Mäders Rücktritt erfolgte für die Öffentlichkeit überraschend; nur wenige Vertraute in seinem Umkreis waren zuvor darüber informiert, wie Domdekan Ivo Fürer auf Anfrage sagte. Der Bischof hatte Papst Johannes Paul II. sein Rücktrittsgesuch bereits vor einiger Zeit eingereicht; es wurde von diesem auf Samstag in Kraft gesetzt. Mäder begründete seinen Rücktritt am Samstag Abend in der «Tagesschau» des Deutschschweizer Fernsehens damit, dass er nicht zu warten wolle, bis allfällige Gesundheitsbeschwerden seine Arbeit beeinträchtigen könnten; gegenwärtig fühle er sich allerdings noch gesund. Er habe sehr lange überlegt und mit dem päpstlichen Nuntius in Bern, Erzbischof Karl-Josef Rauber, sehr lange Gespräche geführt, sagte Mäder am Fernsehen.

Bei den Gesprächen ging es offenbar auch um die Regelung der Nachfolge, wie aus Mäders Äusserungen am Fernsehen hervorging. «Es ist für mich ungeheuer wichtig, dass das bisherige Wahl-

recht nicht angetastet wird», betonte der bisherige Bischof von St. Gallen. Die Bischofswahl soll nach bisherigem Verfahren erfolgen, wie die Bischöfliche Kanzlei mitteilte. Über die entsprechenden Schritte soll Mitte Oktober an einer Pressekonferenz informiert werden.



Nach 18jähriger Tätigkeit ist der St. Galler Bischof Otmar Mäder am Samstag zurückgetreten.

Das bayerische Stimmvolk bleibt der CSU treu

Stoiber behauptet absolute Mehrheit trotz leichter Verluste – Starker Zuwachs für die SPD

München (AP) Die Bayern bleiben der CSU treu: Trotz leichter Verluste behauptete die Partei von Ministerpräsident Edmund Stoiber bei der Landtagswahl am Sonntag mit 53 Prozent klar die absolute Mehrheit. Die SPD erzielte mit Bundestagsvizepräsidentin Renate Schmidt als Spitzenkandidatin einen Achtungserfolg und verbesserte sich um fast fünf auf knapp 31 Prozent. Die Grünen kamen trotz Stimmbussen wieder in den Landtag, während FDP und Republikaner an der Sperrklausel scheiterten.

Die seit 32 Jahren in Bayern allein regierende CSU braucht nach den Hochrechnungen von ARD und ZDF trotz Einbussen von knapp zwei Prozent auch künftig keinen Koalitionspartner. Nach 54,9 Prozent vor vier Jahren kam sie am Sonntag auf 52,9 (ZDF) bis 53,0 Prozent (ARD). Damit stellen die Christlich-Sozialen im neuen Landtag 119 bis 121 gegenüber bisher 127 Abgeordneten. Der alte und neue Ministerpräsident Stoiber wertete das Abschneiden der CSU als «grosstes Ereignis». Er fügte hinzu: «Es ging um eine Weichenstellung. Die CSU musste einen Neuanfang machen.» Stoiber erinnerte an das Stimmungstief der CSU nach den Affären vor einem Jahr. «Damals wäre ein Ergebnis von mehr als

50 Prozent nicht möglich gewesen», sagte er.

Als einzige bisherige Landtagspartei konnte die SPD einen deutlichen Stimmenzuwachs verbuchen: Sie kam auf 30,7 bis 30,8 Prozent nach 26,0 Prozent bei der letzten Wahl. Damit wächst die Fraktion der Sozialdemokraten im Münchner Landtag um zwölf auf 70 Mitglieder. Die SPD-Spitzenkandidatin Schmidt wertete das Abschneiden ihrer Partei als einen grossen Erfolg, auch wenn es nicht für einen Regierungswechsel gereicht habe. Die CSU habe das schlechteste Ergebnis seit mehr als 20 Jahren eingefahren. Schmidt sprach von einer sehr guten Ausgangsbasis für die nächsten vier Jahre und zeigte sich überzeugt, dass die SPD im nächsten Anlauf die CSU als Regierungspartei ablösen werde.

Die Grünen erlitten Verluste, kamen nach anfänglichem Zittern aber mit 5,7 bis 6,1 Prozent nach 6,4 Prozent vor vier Jahren sicher wieder in den Landtag. Dort stellen sie künftig 13 oder 14 (bisher 12) Parlamentarier.

Die FDP scheiterte nach Hamburg, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Sachsen in Bayern zum sechsten Mal an der Fünf-Prozent-Hürde. Ihr Anteil sank von 5,2 auf nur noch

maximal 3,6 Prozent, so dass die Liberalen ihre bislang sieben Sitze im Münchner Landtag räumen müssen. Der Landtagsfraktionschef und Spitzenkandidat der FDP, Jürgen Doeblin, beklagte eine «unseriöse Stimmungsmache» im Wahlkampf mit Hilfe der Meinungsumfragen. Man habe systematisch versucht, die FDP unter die Fünf-Prozent-Marke zu reden. Die Bundestagswahl sei deshalb aber noch nicht verloren.

• SMT Entwicklungen & Fertigung
• Reparaturen
• Beratung

oehri electronic ag
Nellengasse 47 tel.: 373 43 91
Ruggell fax: 373 43 92